

eingebraucht, und es ist in der Tat kontrovers diskutiert worden in den betreffenden Ausschüssen. Insgesamt möchte ich sagen: Ich finde es gut, daß wir dieses Gesetz diskutiert haben, und es war auch nicht zu erwarten, daß dieses Gesetz in allen Ausschüssen die Mehrheit finden würde. Trotzdem macht mich etwas betroffen: daß in dieser eben begründeten Ausschlußdarstellung eigentlich gelogen wird. Bis gestern abend hatte der Rechtsausschuß als federführender Ausschuß die Annahme des leicht veränderten Gesetzes empfohlen, und auf Intervention durch einige Mitglieder des Präsidiums hat der Rechtsausschuß heute morgen seine Meinung dazu geändert. Das finde ich nicht gut. Er hat nicht einmal hier dazu Stellung genommen, daß er dieses Gesetz in der folgenden Ausführung bejaht und daß er es nur auf Grund der Zeit im Moment nicht für möglich hält, es zu verabschieden. Ich finde, das hätte eigentlich zur Ehrlichkeit gehört. Wenn wir hier miteinander umgehen und ein solches Thema diskutieren, dann kann es verschiedene Meinungen geben. Dafür habe ich Verständnis. Ich weiß z. B., daß der Ausschuß Frauen und Familie das Gesetz mit 11 Stimmen gegen 10 Stimmen abgelehnt hat. Gut, aber der Rechtsausschuß hatte das Gesetz verändert und hatte es angenommen, und es wäre sehr wohl ein großer Fortschritt in der Demokratisierung in unserem Lande gewesen und auch in der zukünftigen Bundesrepublik. Und es hätte zur Ehrlichkeit gehört, wenn der Ausschußvorsitzende hier gesagt hätte, daß der Ausschuß diesem Entwurf bis gestern abend zugestimmt hat und daß nur auf Grund der mangelnden Zeit nun empfohlen wird, es im Bundestag anzunehmen. Ich empfehle Ihnen, zwar zuzustimmen, aber ich finde es einfach nicht in Ordnung.

(Beifall bei der PDS)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Den Hinweis darauf, daß das Präsidium interveniert hätte, muß ich zurückweisen. Das Präsidium hat darüber beraten, wie diesem Anliegen heute sachgerecht Rechnung getragen werden kann und hatte dem Rechtsausschuß geraten, zu überlegen, ob es nicht besser wäre, statt eines Gesetzes eine solche Beschlussvorlage einzubringen. Das ist die Sachlage gewesen. Aber das ist jetzt nicht mehr wichtig. Wir haben jetzt eine Beschlussempfehlung vorliegen. Weitere Wortmeldungen dazu sehe ich nicht.

Ich frage also: Wer stimmt der Beschlussvorlage Drucksache Nr. 170 a des Rechtsausschusses zu, den bitte ich um das Handzeichen? - Danke schön. Wer ist dagegen? - Acht Gegenstimmen. Wer enthält sich der Stimme? - Zahlreiche Enthaltungen. Mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 15:

Beschlussempfehlung des Innenausschusses, betreffend Archivgut der Parteiarchive der SED (2. Lesung) (Drucksache Nr. 235 a).

Der Innenausschuß empfiehlt in Übereinstimmung mit dem Rechtsausschuß, dem oben genannten Antrag in der Fassung der Drucksache Nr. 235 a - „Das Archivgut der Parteiarchive des Politbüros der SED und des Zentralkomitees der SED wird durch den Staat gesichert.“ - nicht zuzustimmen. Bedarf es dazu noch einer Einführung? - Ich denke, wir können eigentlich darauf verzichten. Wer diesem Beschlussvorschlag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Zahlreiche Gegenstimmen. Wer enthält sich der Stimme? - Zahlreiche Enthaltungen, aber deutlich mit Mehrheit zugestimmt.

Zur Geschäftsordnung? - Bitte schön.

Steiner für die Fraktion der DSU:

Gestatten Sie mir bitte noch eine Bemerkung zum Abstimmverhalten der Fraktion der DSU. Die angegebene Begründung durch Vertreter des Innenausschusses sowie durch die Leiterin des Archivs, Frau Dr. Pardon, reichen uns nicht aus, von einer

staatlichen Sicherung des Archivs abzusehen. Wir alle wissen, wie wichtig ein sensibler Umgang mit Akten gerade in dieser Zeit ist. Diese Partei, unter deren Führung sich eine verbrecherische Organisation, das Ministerium für Staatssicherheit, entwickeln konnte, will jetzt ihre Akten selbst verwalten. Um eine ordentliche Bewältigung der Vergangenheit zu garantieren, halten wir, die Fraktion der Deutschen Sozialen Union, eine staatliche Sicherung des Archivgutes der SED für dringend erforderlich.

(Vereinzelt Beifall)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Danke schön. Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 16:

Antrag der Fraktion der F.D.P. betreffend leistungsfähiger Verkehrsverbindungen (Drucksache Nr. 244)

Zunächst hat zur Begründung ein Vertreter der Fraktion der F.D.P., der Abgeordnete Dörr, das Wort.

Dörr für die Fraktion der F.D.P.:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich will es ganz kurz machen: Aus dem Antrag kommt nicht ganz klar zum Ausdruck, daß wir damit die Häfen an der Ostsee in die Lage versetzen, weiterzuarbeiten. Wir sind uns darüber im klaren, daß der Hafen Rostock z. B. aus politischer Not geboren war und gegenüber Bremen und Hamburg eigentlich nicht notwendig war. Politiker in der Zeit nach dem 18. März haben sehr blauäugig und schnell entschieden, daß der Hamburger Hafen derjenige ist, der Berlin und damit alles, was östlich passiert, versorgt. Wir halten das für nicht gut. Wir sind dafür, daß Bremen durch diese Anbindung Stendal - Uelzen in die Lage versetzt wird, ebenso gut zu versorgen, und wir wissen, daß Bremen und Rostock seit Jahren gute partnerschaftliche Beziehungen haben und gemeinsam dafür sorgen wollen, daß der Binnenmarkt des jetzigen Gebietes DDR und nach der Einigung dann eventuell in Erweiterung Europas nach Osten versorgt wird.

Ich weise darauf hin, daß der Rostocker Hafen sicherlich in der Lage sein wird, die Gebiete Lettland, Estland und Litauen zu versorgen, weil dort in den sowjetischen Gebieten sicherlich die Länder sein werden, die am schnellsten wirtschaftlich auf der Höhe sein werden und gut produzieren werden, sich der Marktwirtschaft schnell anschließen. Und wir glauben, daß über den Weg über die Ostsee, über Rostock, dann Berlin und weiter südlich bis zum Mittelmeer es gelingen könnte, den Ostseehafen Rostock zu erhalten. Darum bitte ich Sie um Zustimmung zu dieser Drucksache. - Danke schön.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Danke schön. Der Verkehrsminister hat um das Wort gebeten. Bitte schön.

Gibtner, Minister für Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen empfehlen, dem Beschlusantrag der F.D.P.-Fraktion nicht zu folgen, weil ich das Hohe Haus davor bewahren möchte, die sachkundige Untersuchung der Entwicklung und des Ausbaus der Verkehrsinfrastruktur durch einen Volkskammerbeschuß zu ersetzen. Die Untersuchung der Verkehrswegekommission hat bereits Mitte des Jahres zu dem Vorschlag geführt, einen Hauptverkehrskorridor Berlin - Hamburg - Bremen auszubauen. Das Ergebnis, welches bis dahin erzielt wurde, wurde von mir und vom Bundesminister für Verkehr bestätigt. Die Aufträge zur Untersuchung der Ausbauvarianten sind im Gange. In der Tat zeichnet sich ab, daß für den Ausbau des Hauptverkehrsweges Berlin - Hamburg - Bremen die Streckenführung über Stendal, Salzwedel, Uelzen den Vorrang genießt. Damit würde dem Anlie-